



Antrag

der Fraktion der SPD

Biogasnutzung nachhaltig sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf allen politischen Ebenen einzusetzen, die vorhandenen Rechtsmöglichkeiten, insbesondere Bau- und Planungsrecht, am Ziel der nachhaltigen Sicherung der Biomasse- und Biogasnutzung auszurichten und zu optimieren. Zentrale Instrumente sind die Erweiterung der Nachhaltigkeitsverordnungen für den Einsatz von flüssiger Biomasse im EEG und die Anpassung des Bonus für Nachwachsende Rohstoffe (Nawaro) sowie mehr Anreize für die Wärmenutzung von Biomasseanlagen.

Weiter sind auf diesem Weg erforderlich:

- naturschutzfachliche Kriterien als Grundlage für den Betrieb von Biogasanlagen im Rahmen des EEG festzulegen (z. B. Anteile der eingesetzten Biogassubstrate, kein Anbau von gentechnisch veränderten Organismen), damit ein naturverträglicher Biomasseanbau gewährleistet und die biologische Vielfalt der Landschaft erhalten bleibt;
- auf Ebene der Landesplanung den Bereich „Energie aus Biomasse“ zu integrieren und fortzuschreiben;
- auf Regionalplanungsebene Konzepte zu erarbeiten, um ähnlich wie bei der Windenergie zu abwägungssicheren rechtlichen Lösungen zu kommen;
- eine Erstellung von regionalisierten Grünlandbilanzen (auf Ebene Landkreise) vorzubereiten und ein Verbot von Grünlandumbruch für Anbauzwecke nach dem EEG einzuführen;
- im Baurecht dezentrale Standorte für Kleinanlagen im Nahbereich, möglichst in Gewerbegebieten oder Mischgebieten vorzusehen;

- die Belange des Bodenschutzes durch entsprechende Fruchtfolgen und Vermeidung von Monokulturen stärker zu beachten;
- über die Agrarumweltprogramm der Bundesländer innovative Anbausysteme, die Erweiterung des Spektrums von energetisch nutzbaren Anbaukulturen und die Verwendung alter, heimischer Sorten gezielt zu fördern;
- die Gewinnung der Rohstoffe in der engeren Nachbarschaft den Vorzug zu geben;
- die verstärkte Nutzung biogener Reststoffe und Abfälle u.a. aus der Landschaftspflege zu favorisieren;
- bei der Anlieferung der Rohstoffe keine unzumutbaren Verkehrsbelastungen für die Anlieger entstehen zu lassen;
- die landwirtschaftliche Beratung im Bereich des Energiepflanzenanbaus auszubauen;
- Forschungsaufträge zu vergeben, die gezielt eine Nachhaltigkeitsstrategie (Ökobilanz) für die Gewinnung von Biogas fortentwickeln.

Begründung:

Die Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen gehört zu den Säulen einer nachhaltigen Energiepolitik, die sowohl die Atomenergie, als auch die Verbrennung fossiler Ressourcen ablösen wird. Die Nutzung von Biomasse ist dabei ein wichtiger Baustein. Biomasse für die energetische Verwertung schont fossile Rohstoffe, sichert die Energieversorgung, stärkt die regionale Wirtschaft und erschließt der Landwirtschaft alternative Einkommensquellen.

Die enorme Ausweitung der energetischen Nutzung von Biomasse hat jedoch auch deutlich wachsende Auswirkungen auf die Landnutzungssysteme und regionalen Stoffströme, mit Konsequenzen für Anbauflächen, Kulturlandschaften, Landschaftsfunktionen, andere Raumnutzungen - auf die Regionen insgesamt. Das gilt ebenso für den Transport und die Aufbereitung, Lagerung, Energieproduktion und Reststoffverwertung.

Die Steigerung der Biogasproduktion führt auch zu zunehmend kritischen Stimmen, nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch aus wissenschaftlichen Fachkreisen, die eine Nachhaltigkeitsstrategie für den Betrieb von Biogasanlagen und wissenschaftliche Untersuchungen anmahnen. Bei der Erzeugung von Biogas müssen die Ziele Wirtschaftlichkeit, Klima- und Naturschutz sowie soziale Belange daher gleichermaßen beachtet werden.

Sandra Redmann
und Fraktion